**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG, BAUEN
UND SICHERHEIT**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
02. SBS 2009-2014
Sitzungsdatum:
14.05.2013

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 14.05.2013

Unter dem Vorsitz von Josef Fröschen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses (Ortstermin: Kiesgrube Fa. Davids, Frelenberg, Treffpunkt 15:30 Uhr auf dem Rathausvorplatz) der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.03.2013
2. Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 20.02.2013, "Frelenberg V, Erweiterungsfläche" hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
3. Geplante Bebauung an der Burgstraße
4. Vorstellung der Planung zur Straßenerneuerung Thornstraße
5. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
6. Verkehrsmessungen in der Otto-von-Hubach-Straße und Weinbergstraße
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
8. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

9. Vergabeangelegenheiten
 - 9.1 Fenstererneuerung Schulzentrum
 - 9.2 Kanalerneuerung Rochusstraße (Fidelisstraße bis Friedensstraße)
 - 9.3 Beauftragung der Pflege des Straßenbegleitgrüns

10. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
- 10.1 Errichtung eines Datennetzwerkes im Carolus-Magnus Gymnasiums
- 10.2 Kanalzustandserfassung gem. SÜwV-Kan im Jahr 2013
11. Erweiterungen zur Tagesordnung
12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für sachk. Bürger F. Kozián bis 19.00 Uhr (gegangen vor Einstieg in TOP 5)
Herr Wolfgang Bien	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Norma Kuhlmeý	SPD	als Vertreterin für sachk. Bürger Böven
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Helmut Grundmann	CDU	als persönlicher Vertreter für sachk. Bürger Bröhl; Teilnahme ab 17.29 Uhr (während TOP 2); keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Frau Carla Glashagen	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Wolf-Sören Radtke	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos	keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
-------------------	-----------	---

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Dezernent Hans-Peter Gätzen		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek		
Frau Stadtoberamtsrätin Maria Luise Hermanns		bis zum Ende der öffentlichen Sitzung (keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung)
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim		keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung
Herr Technischer Angestellter Achim Engels		

Frau Stadtoberinspektorin Monique Raeune
Herr Verwaltungsangestellter Uwe Delahaye
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreterin der Presse.

Weiterhin begrüßte er zu TOP 2 Frau Rebstock vom Büro für Landschaftsplanung und Herrn Davids von der Firma Franz Davids, Sand- und Kiesgruben GmbH & Co. KG, zu TOP 3 die Architekten Hansen sen. und Hansen jun. und Herrn Hemmersbach sowie den Architekten Montag und Herrn Kleve und zu TOP 4 Frau Vassilière vom Ingenieurbüro AGEVA.

Anmerkungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A) Ortsbesichtigung

Vor Beginn der Sitzung fand um 15:30 Uhr eine Ortsbesichtigung der Kiesgrube der Firma Davids in Frelenberg statt.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer, die Vertreterin der Presse und Herrn Davids, dem er im Anschluss das Wort übergab. Herr **Davids** erläuterte die bereits erfolgte Abgrabung und die beantragte Abgrabungserweiterung.

Im Anschluss wurde ein Teilbereich des bereits rekultivierten Geländes besichtigt und Herr Davids erläuterte kurz die weitere Planung.

Der anwesende Bürger **Tacken** wies darauf hin, dass Rekultivierungsmaßnahmen, die bereits hätten umgesetzt werden müssen, immer noch nicht umgesetzt seien. So hätten zum Beispiel 2010 ein Obstwiesengürtel und ein Gelände mit einer ökologisch hochwertigen Mähwiese angelegt werden sollen. Die für die Mähwiese vorgesehene Fläche sei jedoch im Jahr 2011 noch mit Mais bepflanzt gewesen.

Herr **Davids** erklärte, er müsse zugeben, dass diese Verzögerungen teilweise zu reklamieren seien. Allerdings müsse man auch sehen, dass sich im laufenden Betrieb Vorgaben verändern, insbesondere da nicht getrennt voneinander liegende Flächen abgegraben werden, sondern die Abgrabungsgebiete ineinander übergehen. Man sei jedoch bemüht, sämtliche Auflagen zu erfüllen und die entsprechenden Rekultivierungsmaßnahmen umzusetzen.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.35 Uhr.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.03.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit vom 06.03.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 20.02.2013, "Frelenberg V, Erweiterungsfläche" hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens**

Frau **Rebstock** vom Büro für Landschaftsplanung erläuterte zusammenfassend das Abgrabungsvorhaben, die Untersuchungsergebnisse und den Rekultivierungsplan (insoweit wird auf die Anlage zur Sitzungsniederschrift verwiesen).

Stadtverordnete **Appelrath** fragte im Zusammenhang mit dem Lärmgutachten, zu welchen Tageszeiten gemessen worden wäre. Man habe bei der Ortsbesichtigung von einem Anwohner gehört, es sei in der Mittagspause gemessen worden.

Frau **Rebstock** erklärte, es gebe unterschiedliche Verfahrensmöglichkeiten zur Erstellung eines Lärmgutachtens, nämlich zum einen die Messungen vor Ort und zum anderen ein rein rechnerisches Verfahren (Prognosen), welches hier angewandt worden sei.

Sachkundiger Einwohner **Radtke** fragte, ob bei den Prognosen auch Wetterverhältnisse berücksichtigt werden.

Frau **Rebstock** antwortete, Wetterverhältnisse seien nicht in die Prognose eingeflossen.

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, Herr Davids habe bereits bei der Ortsbesichtigung Rede und Antwort gestanden. Nach den weiteren Erläuterungen von Frau Rebstock erkläre sich die CDU-Fraktion mit dem Abgrabungsvorhaben grundsätzlich einverstanden. Wichtig sei nur, wie abgegraben werde, nämlich unter Einhaltung der erlaubten Emissionswerte.

Dezernent **Gatzen** wies darauf hin, dass die Verwaltung deshalb den Satz "Die Stadt Übach-Palenberg bittet den Kreis Heinsberg als Genehmigungsbehörde ausdrücklich, darauf zu achten, dass die im Antrag aufgezeigten Emissionen (Lärm, Staub) zum Schutz der Bevölkerung ausreichend minimiert und nach

Genehmigung die Einhaltung der erlaubten Emissionswerte regelmäßig kontrolliert werden" ganz bewusst in die Beschlussempfehlung aufgenommen habe.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** verwies auf die Rekultivierungs- und Kompensationsmaßnahmen und erklärte, dass der damalige Betriebsplan bis heute nicht abgeschlossen sei. Jetzt werde vom Abschluss der Gesamtmaßnahme in 2036 geredet. Somit sehe sie eine zeitgerechte Durchführung der Rekultivierungs- und Kompensationsmaßnahmen nicht. Sie habe bereits eine Anfrage an die zuständige Umweltbehörde gestellt, bisher jedoch leider noch keine Antwort erhalte. Sie habe die Bitte, dass man sich in der kommenden Sitzung noch einmal ausführlich sämtliche Maßnahmen, Planungen, Zeitvorgaben und ihre Umsetzung anschau.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** wies darauf hin, dass bereits bei der Ortsbesichtigung die zeitliche Verzögerung der Rekultivierungsmaßnahmen thematisiert worden sei und bat Herrn Davids noch einmal um eine kurze Erläuterung.

Herr **Davids** erklärte, dass sich im laufenden Betrieb Vorgaben verändern, insbesondere da hier nicht immer neue Flächen betroffen seien, sondern ein Abgrabungsgebiet fortgeführt werde. Auch habe man zum Beispiel damals im Zusammenhang mit "Frelenberg IV" eine Zuwegung über die Fläche der Firma Dohmen vertraglich vereinbart, die nun mit rekultiviert werden müsse und zu Zeitverzögerungen führe.

Man sei jedoch bemüht, sämtliche Auflagen zu erfüllen und die entsprechenden Rekultivierungsmaßnahmen umzusetzen.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** erklärte, ihre Aussage habe sich eher an die Verwaltung gerichtet. Sie wolle wissen, wer auf den langen Zeitraum gesehen den Überblick darüber behalte, dass tatsächlich auch alles eingehalten werde. Dies müsse sichergestellt sein.

Dezernent **Gatzen** antwortete, die Überwachung erfolge durch den Kreis Heinsberg als zuständige Behörde.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** gab zu bedenken, dass die Stadt Übach-Palenberg im eigenen Interesse mit darauf achten sollte.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, es wäre schön, wenn die Verwaltung noch einmal eine aktuelle Übersicht über die Ausgleichsmaßnahmen insgesamt geben würde.

Dezernent **Gatzen** wies darauf hin, dass der ehemalige Verwaltungsangestellte Tacken vor einiger Zeit im damaligen Bau- und Umweltausschuss eine ausführliche Übersicht über Ausgleichsmaßnahmen und Ökopunkte gegeben habe. Die Verwaltung werde aber gerne demnächst noch einmal eine aktuelle Übersicht vorstellen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie werde heute gegen die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen, da die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der beabsichtigten Abgrabungserweiterung nur eine weitere Belastung durch Staub und Lärm sehe.

Beschlussempfehlung:

Das gemeindliche Einvernehmen zum Abgrabungsantrag der Fa. Davids, „Frelenberg V, Restabbau“ wird erteilt. Die Stadt Übach-Palenberg bittet den Kreis Heinsberg als Genehmigungsbehörde ausdrücklich, darauf zu achten, dass die im Antrag aufgezeigten Emissionen (Lärm, Staub) zum Schutz der Bevölkerung ausreichend minimiert und nach Genehmigung die Einhaltung der erlaubten Emissionswerte regelmäßig kontrolliert werden.

Abstimmungsergebnis:

1 Nein-Stimme
13 Ja-Stimmen

3. Geplante Bebauung an der Burgstraße

Dezernent **Gatzen** erläuterte, dass bei den Planungen, die im Anschluss vorgestellt werden, jeweils ein privates Grundstück mit überplant sei. Die Privateigentümer seien bereit, an einen Investor zu verkaufen. Aufgrund der Haushaltssituation der Stadt könne diese nicht in Vorleistung treten und das Privatgrundstück ankaufen, sondern der Grundstückskauf müsse direkt über den Investor abgewickelt werden. Dies sei aber im Vorfeld bereits so kommuniziert worden.

Er habe bereits signalisiert bekommen, dass man in der heutigen Ausschusssitzung noch keine Entscheidung treffen wolle. Deshalb wolle man die Planungen heute zunächst nur vorstellen, um einen Eindruck zu vermitteln, was möglich wäre und zu gegebener Zeit weitere Vorbereitungen treffen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, es müsse doch wohl zunächst um die Grundsatzentscheidung gehen, ob man das in Rede stehende städtische Grundstück überhaupt bebauen lassen möchte. Die SPD-Fraktion werde dem nicht zustimmen, da sie die Meinung vertrete, die Grünfläche sollte, so wie sie ist, erhalten bleiben. Erst wenn die Mehrheit einer grundsätzlichen Bebauung zustimme, könne man in einem weiteren Schritt schauen, wie und in welcher Art dort gebaut werden solle.

Er stelle somit den Antrag, zunächst darüber abstimmen zu lassen, ob grundsätzlich eine Bebauung des städtischen Grundstücks gewollt werde, also quasi über Nummer 1 der vorliegenden Beschlussempfehlung.

Stadtverordneter **Mlaker** wand ein, dass man aus dieser Beschlussempfehlung den Begriff Mehrfamilienhaus streichen sollte, da die Art der Bebauung erst später Thema sein sollte.

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, die CDU-Fraktion sei grundsätzlich mit dem Verkauf der städtischen Flächen einverstanden, insbesondere im Hinblick auf die städtische Haushaltssituation.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** ließ über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Das städtische Grundstück Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 17, Flurstück 1612 soll zusammen mit den städtischen Flurstücken 997 und 1180 veräußert werden, um es einer städtebaulichen Entwicklung zuzuführen. Zusammen mit dem im Privatbesitz befindlichen benachbarten Flurstück 683 soll an dieser Stelle eine Bebauung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

Im Anschluss wurde zunächst die Planung des Architekten **Montag** vorgestellt (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen).

Stadtverordnete **Kuhlmey** fragte, ob dort auch geförderte Wohnungen oder ausschließlich freifinanzierte Wohnungen vorgesehen seien.

Herr **Kleve** antwortete, es seien nur freifinanzierte Wohnungen vorgesehen. Alle Wohnungen werden als Eigentumswohnungen angeboten. Im Rahmen des Erwerbs könne natürlich der Erwerber entsprechende Förderanträge stellen.

Sachverständiger Bürger **Lürken** verwies auf die geplanten Stellflächen für den ersten Bauabschnitt und erklärte, hierdurch könnte eine erhebliche Lärmbelästigung für die Anwohner entstehen. Warum ziehe man hier keine Tiefgarage in Betracht?

Herr **Montag** erklärte, diesen Vorschlag könne man noch mal mit in die Überlegungen einbeziehen. Für den 2. Bauabschnitt habe man bereits eine Tiefgarage eingeplant.

Stadtverordnete **Appelrath** fragte, ob sich die Höhe des geplanten Gebäudes an den Nachbargebäuden orientiere.

Herr **Montag** antwortete, das geplante Staffelgeschoss springe zurück und wirke optisch dadurch nicht so hoch. Tatsächlich sei das Gebäude mit dem Staffelgebäude aber geringfügig höher als das Nachbargebäude.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** erklärte, natürlich sehe auch sie den demographischen Wandel. Aber die Bevölkerung werde nicht nur älter, sondern auch insgesamt weniger. Deshalb sollte man ihrer Meinung nach nicht alles zubauen. Der Bedarf an Wohnraum sei irgendwann erschöpft. Auch müsse man bedenken, dass alte Leute nicht mehr so beweglich seien. Warum baue man also das gesamte Grundstück komplett zu, anstatt den künftigen Bewohnern einen Erholungswert in direkter Nähe zu bieten. Anstelle der Stellflächen könne man zum Beispiel einen grünen Innenhof gestalten.

Herr **Montag** wies darauf hin, dass bereits im vorderen Bereich Grünflächen eingeplant seien. Zudem denke man ja auch über eine Tiefgarage anstelle der Stellflächen bereits beim 1. Bauabschnitt nach.

Anschließend stellte der Architekt **Hansen** seine Planung vor (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen).

Stadtverordnete **Kuhlmeiy** fragte, ob dort auch geförderte Wohnungen oder ausschließlich freifinanzierte Wohnungen vorgesehen seien.

Herr **Hansen** antwortete, so weit habe man noch nicht geplant. Sollten alle Wohnungen als Eigentumswohnungen angeboten werden, könne der jeweilige Erwerber einen entsprechenden Förderantrag stellen.

Stadtverordnete **Kuhlmeiy** fragte, ob über ein Mehrgenerationenhaus nachgedacht worden sei.

Herr **Hansen** antwortete, die vorgestellten Planung ermögliche dies, da auch mehrere größere Wohnungen mit 2 Schlafräumen geplant seien, so dass hier junge Familien mit ihren Kindern einziehen könnten, während die etwas kleineren Wohnungen, ca. 70 qm, eher für die ältere Generation interessant seien.

Stadtverordnete **Kuhlmeiy** wand ein, dass für ältere alleinstehende Personen 70 qm zu groß seien. Wenn man an ein Mehrgenerationenhaus denke, müssten hier auch kleinere Wohnungsgrößen angeboten werden.

Sachkundiger Bürger **Grundmann** fragte, ob Fahrstühle vorgesehen seien.

Herr **Hansen** bestätigte dies. Es seien Fahrstühle durchgängig vom Keller bis ins Dachgeschoss geplant.

Stadtverordneter **Mlaker** erkundigte sich, ob vollständig barrierefrei geplant werde, also auch in Bezug auf Türen, Duschen, etc.

Herr **Hansen** erklärte, wenn dies gewünscht werde, werde man dies entsprechend so planen.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** bedanke sich für die beiden Vorstellungen und bat beide Architekten sich bei Bedarf für eine Vorstellung ihre Planungen in den einzelnen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, wie ausgeschrieben worden sei. So, dass sich hätte jeder Investor melden können?

Dezernent **Gatzen** antwortete, die beiden Investoren haben sich von sich aus bei der Verwaltung gemeldet.

4. Vorstellung der Planung zur Straßenerneuerung Thornstraße

Frau **Vassilière** vom Ingenieurbüro AGEVA stellte den Planentwurf für die Straßenerneuerung Thornstraße vor.

Sie wies darauf hin, dass die Straße stark beschädigt sei und aus Verkehrssicherungsgründen zwingend erneuert werden müsse.

Insgesamt gehe es hierbei um 500 Meter Straße. Der Kreisverkehr in der Dionysiusstraße bilde die Grenze zum damaligen Ausbau. Dort wolle man nun nahtlos anschließen. Die bestehende Bushaltestelle wolle man einbinden und barrierefrei gestalten. Die gegenüberliegenden Parkflächen wolle man erhalten. Dies sei ausdrücklich von der Verwaltung gewünscht worden.

An der Einmündung zur Rubensstraße sei ein Pflasterkissen mit einer leichten Anhöhung vorgesehen. Ein weiteres Pflasterkissen sei an der Einmündung zur Kokoschkastraße geplant.

Den Gehweg wolle man, soweit möglich, ausweiten.

Weiterhin sei vorgesehen, mehrere Parkflächen durch Pflasterung auszuweisen, so versetzt, dass sich ein alternierendes Fahren auf Sicht ergebe. Straßenbäume seien ebenfalls eingeplant.

Für die Fahrbahn sei eine Schwarzdecke vorgesehen. Am Gehweg wolle man an mehreren Stellen Rampensteine legen. Diese haben sich bereits in der Dionysiusstraße gut bewährt.

Zu den weiteren Ausführungen wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass eine Erneuerung der Thornstraße schon einmal im Gespräch gewesen sei. Damals habe man die Maßnahme aus Kostengründen nicht durchgeführt. Dass nun jedoch aufgrund der vorhandenen Schäden eine Erneuerung der Straße zwingend erfolgen müsse, sei klar. Aber man müsse bedenken, dass es auf dieser Straße nur wenige Anwohner mit großen Grundstücken gebe, auf die die Kosten umgelegt werden. Deshalb sollte man so kostengünstig wie möglich die Straße erneuern, ohne Parkflächenausweisung und ohne Pflasterkissen. Hier sollte man auf die Belange der Anwohner Rücksicht nehmen.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** erklärte, man gehe mit der Planung ohnehin in die Einwohnerversammlung. Dort werde man hören, was die Anwohner wünschen. Diese Einbringungen werde man schließlich bei der abschließenden Entscheidung entsprechend mit berücksichtigen, damit alle die Maßnahme akzeptieren.

Stadtverordneter **Malaker** riet von den geplanten Pflasterkissen ab. Diese seien zu teuer und müssten regelmäßig nachgebessert werden.

Stadtverordneter **Weißborn** wies auf die vorgesehene Ausweitung im Bereich Richtung Friedensstraße hin. Auch dies halte er nicht für sinnvoll. Diese Maßnah-

me würde wieder zusätzliche Kosten verursachen.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erläuterte, diese Ausweitung habe man bereits im Hinblick auf eine mögliche Bebauung der freien Grundstücke vorgesehen. In Bezug auf die eingepflanzten Straßenbäume wies er darauf hin, dass es sich hierbei um pflegeleichte bzw. pflegefreie Bäume handle. Dies sei die entscheidende bei der Pflanzung von Straßenbäumen, da die notwendige Pflege die hauptsächlichsten Kosten verursachen würde und nicht das Pflanzen an sich.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man heute doch wohl eine Empfehlung für die kommende Einwohnerversammlung abgeben wolle. Deswegen sollte man sich bereits heute gegen eine Parkflächenausweisung entscheiden und für eine kostengünstige Lösung.

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, die geplanten Rampensteine befürworte er. Er würde gerne wissen, ob bei der vorgestellten Planung bereits der mögliche Ausbau des Beyelsfeld berücksichtigt worden sei.

Da man zunächst die Reaktionen und Meinungen im Rahmen der Einwohnerversammlung abwarten wolle, schlage er vor, dass man heute die Planung lediglich zur Kenntnis nehmen sollte und nicht, wie die Beschlussempfehlung es vorsehe, der Planung bereits zuzustimmen.

Frau **Vassilière** bestätigte, dass das mögliche Baugebiet Beyelsfeld bereits bei der Planung mit berücksichtigt worden sei.

Stadtverordnete **Kuhlmey** stimmte dem Vorschlag des Stadtverordneten Weißborn zu, so kostengünstig wie möglich zu bauen. Aus Erfahrung könne man sagen, dass Bäume nicht immer gewünscht werden und Pflaster mit der Zeit lose werden.

Bei der Planung sei ihrer Meinung nicht auf die Schulkinder eingegangen worden, die dort verstärkt mit dem Fahrrad fahren und um die Autos jonglieren müssen.

Frau **Vassilière** erläuterte, man habe künftig überwiegend breitere Gehwege, 2 Meter breit oder mehr. Nur hinter der Rubensstraße sei dies nicht möglich. Hier habe man auch zunächst überlegt, die Parkflächen auf die andere Seite zu verlegen, sei aber zu dem Schluss gekommen, dass ein parkendes Auto mehr schütze als fließender Verkehr.

Stadtverordneter **Weißborn** merkte an, dass, sollte heute über die Planung abgestimmt werden, er sich enthalten werde. Er wolle vor einer Entscheidung erst in die Einwohnerversammlung gehen.

Sachkundiger Bürger **Grundmann** erklärte, er wolle auf den Vorschlag des Stadtverordneten F. Fröschen zurückkommen, die Planung heute lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Stadtverordneter **Bien** sagte, auch er könne heute noch keine Entscheidung treffen, da auch er zunächst die Ergebnisse der Einwohnerversammlung abwarten wolle.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass eine abschließende Entscheidung

derung selbstverständlich erst nach der Einwohnerversammlung erfolgen könne. Er betonte, dass man nicht gegen, sondern mit den Anwohnern entscheiden wolle.

Beschluss:

Der Planung für die Erneuerung der Thornstraße wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

5. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Stadtverordnete **Appelrath** wies darauf hin, dass man in dem Zusammenhang auch immer die Belastung der Anwohner sehen müsse.

Beschlussempfehlung:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (die Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Verkehrsmessungen in der Otto-von-Hubach-Straße und Weinbergstraße

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** fasste kurz zusammen, dass Verkehrsmessungen in der Weinbergstraße und in der Otto-von-Hubach-Straße durchgeführt worden seien. Aufgrund der Messergebnisse in der Weinbergstraße sehe er keinen Handlungsbedarf. In der Otto-von-Hubach-Straße sei jedoch die vorgeschriebene Geschwindigkeit häufig überschritten worden. Deswegen habe die Verwaltung zwei Vorschläge hierzu unterbreitet.

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, in der Otto-von-Hubach-Straße sehe er nicht nur das Verkehrsproblem, sondern auch ein Sauberkeits- und Drogenkonsumproblem. Die CDU-Fraktion schlage daher vor, die Anordnung der 30 km/h zu belassen, keine baulichen Veränderungen vorzunehmen und stattdessen häufigere Verkehrskontrollen, insbesondere zwischen 7 und 9 Uhr morgens, durchzuführen und den Bereich häufiger durch den Außendienst des Ordnungsamtes und durch den Streetworker kontrollieren zu lassen. Nach einer gewissen Zeit sollte hierüber im Ausschuss berichtet werden.

Stadtverordneter **Weißborn** wand ein, dass es heute konkret nur um die Ge-

schwindigkeit und nicht um Sauberkeit etc. gehe. Hierzu sollte ein separater Antrag gestellt werden, wenn dies die CDU-Fraktion für erforderlich halte.

Er gehe aufgrund der Erläuterungen in der Sitzungsvorlage davon aus, dass die Verwaltung die Anordnung 50 km/ h favorisiere. Dies halte er jedoch für kontraproduktiv. Die SPD-Fraktion sei von Anwohnern angesprochen worden, die das Empfinden hatten, in der Otto-von-Hubach-Straße werde zu schnell gefahren. Dies habe sich nun durch die Messungen bestätigt. Jetzt dort die zulässige Geschwindigkeit grundsätzlich zu erhöhen, sei ja wohl überhaupt keine Lösung.

Auch ohne große bauliche Veränderungen sei hier eine Geschwindigkeitsreduzierung möglich, zum Beispiel durch das Anbringen von zwei Schwellen.

Die SPD-Fraktion beantrage daher, die Anordnung der 30 km/ h zu belassen und ein bis zwei Schwellen aufzubringen.

Stadtoberamtsrätin **Hermanns** erklärte, fast 90% halten die 50 km/ h in dem in Rede stehenden Bereich ein. Dies bedeute, dass diese Geschwindigkeit dort akzeptiert werde. Bereits damals sei man von der Polizei darauf hingewiesen worden, dass dieser Bereich nicht für eine 30 km/ h-Zone gedacht sei. Damals habe man im Hinblick auf eine mögliche Bebauung auf der Feldseite keine Änderung der Geschwindigkeitsanordnung vorgenommen. Eine Bebauung sei jedoch bis heute nicht erfolgt und auch künftig nicht mehr zu erwarten. Der Ausbau der Straße sei so angelegt, dass der Autofahrer die Sinnhaftigkeit der 30 km/ h nicht sehe. Die Zulassung einer Geschwindigkeit von 50 km/ h in diesem Bereich sei auch bei objektiver Betrachtungsweise dem Straßenbau angemessen.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** wies darauf hin, dass er auch mit dortigen Anwohnern gesprochen habe. Diese haben gebeten, keine Schwellen aufzubringen, da diese als belästigend für die Anwohner empfunden werden.

Sachkundiger Einwohner **Radtke** stimmte zu, dass eine Änderung der zulässigen Geschwindigkeit auf 50 km/ h kontraproduktiv sei. Wenn nicht 30 km/ h gefahren werde, sei die Anhebung der zulässigen Geschwindigkeit doch keine Lösung. Hier sollte man dann wohl eher eine Blitze aufstellen.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** wand ein, dass an dieser Stelle aber generell die 30 km/ h nicht erklärbar seien. Damals habe man mit dieser Anordnung perspektivisch gedacht. Die Situation, nämlich die weitere Bebauung, sei aber nie eingetreten, so dass man nun die zulässige Geschwindigkeit an die tatsächliche Situation anpassen sollte.

Sachkundiger Einwohner **Radtke** wies darauf hin, dass sich in diesem Bereich aber auch Kinder aufhalten.

Stadtverordneter **Wynands** schlug vor, die 30 km/ h in diesem Bereich auf bestimmte Uhrzeiten zu beschränken und außerhalb dieser Uhrzeiten die 50 km/ h zuzulassen.

Stadtverordnete **Appelrath** äußerte sich unter Bezugnahme auf den Vorschlag des sachkundigen Einwohners Radtke, dass sie an einer solchen Stelle keine Blit-

ze installieren würde, sondern solche Maßnahmen eher für den Schulbereich favorisieren würde.

Stadtverordneter **Weißborn** brachte folgenden Beschlussvorschlag vor:

Die Anordnung der 30 km/ h wird beibehalten und die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können, um die Einhaltung dieser Geschwindigkeit zu erreichen.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erklärte, das Aufbringen von Schwellen halte er hier nicht für sinnvoll. Als Alternativen sehe er hier einmal das Aufstellen von Blumenkübeln zur Erreichung von Begegnungsverkehr oder Straßenverengungen an 3 Stellen. Die letzte Alternative würde jedoch Kosten in Höhe von 20.000 € verursachen.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, 20.000 € auszugeben, mache keinen Sinn, aber auch die Blumenkübel nicht, da diese nur wirksam seien, wenn tatsächlich Gegenverkehr vorhanden sei.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** erklärte, er wolle über den Beschlussvorschlag des Stadtverordneten Weißborn abstimmen lassen.

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, die Beibehaltung der 30er-Zone sei auch der Vorschlag der CDU-Fraktion gewesen. Die übrigen, zu Beginn gemachten Einbringungen in Bezug auf die Probleme mit der Sauberkeit und dem Drogenkonsum werde die CDU in einen separaten Antrag formulieren.

Beschluss:

Die Anordnung der 30 km/h in der Otto-von-Hubach-Straße bleibt erhalten. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können, um die Einhaltung dieser Geschwindigkeit zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

8. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Berichte und Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** schloss um 19.17 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** um 19.43 Uhr die Sitzung.

J. Fröschen
Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin